

Homoehe in Frankreich: Worum es in der Debatte geht

CATHERINE FINO

Seit November 2012 fanden Demonstrationen einen unglaublich breiten Zuspruch¹, deren vorgebliche Neutralität einen starken katholischen Einfluss erkennen ließ und die eine starke mediale Aufmerksamkeit bekamen. Angesichts des Gesetzesvorhabens, die Ehe im Namen der Gleichheit vor dem Gesetz auch für homosexuelle Paare zu öffnen – man sprach von der »Ehe für alle« –, haben die Befürworter der Aufrechterhaltung der traditionellen Ehe die *Demo für alle* organisiert. Dem Gesetzesvorhaben war ein entsprechendes Wahlversprechen des sozialistischen Präsidenten Hollande vorausgegangen. Von daher war zu erwarten, dass sich eine deutliche Spaltung entlang der Grenze der politischen Lager von Rechts und Links zeigen würde und dass sich das Urteil der katholischen Kirche in dieser Frage wie eine Parteinahme für eine politische Richtung ausnehmen müsste.

Die Wirklichkeit erwies sich dann jedoch als weniger simpel. Das Eintreten für die Werte des Lebens und der Familie hatte sehr wohl die Funktion des »Banners der katholischen Identität in einer säkularisierten Welt«², doch die Aktionsformen dieser oftmals aus wohlhabenden Verhältnissen stammenden Katholiken wurden von den »Strategien der Minderheiten«³ abgeschaut. Wenn die *Demo für alle* Schwierigkeiten hatte, politische Neutralität zu wahren, dann war dies auf die Netzwerke zurückzuführen, die ihre Organisation und Kommunikation unterstützte. Die sozialistischen Befürworter der Homoehe wandten sich gegen die katholische Argumentationsweise, die sich auf das unwandelbare Wesen der Familie stützte. Doch sie selbst benutzten »naturrechtliche« Argumente und beriefen sich auf die unterschiedliche Natur von Mann und Frau, um die Förderung der politischen Gleichstellung zu rechtfertigen (vgl. Julliard – Cervulle 2013, 161–175).

Demonstrationen und Gegendemonstrationen folgten aufeinander, bis am 17. Mai 2013 die Abstimmung über das Gesetz für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und das Adoptionsrecht für das Kind des Partners⁴ er-

folgte. Die Verabschiedung des Gesetzes stoppte jedoch die Mobilisierung nicht, wie die *Demo für alle* am 5. Oktober 2014 zeigte. Sie griff die ursprünglichen Forderungen wieder auf und fügte andere Problemfelder hinzu, wie zum Beispiel den schulischen Sexualunterricht, den Zugang Homosexueller zu medizinischer Unterstützung bei der Fortpflanzung oder die Legalisierung der Leihmutterchaft.

Der Streit um das Menschenbild

Die Ablehnung der »Ehe für alle« konzentriert sich auf die Frage der Elternschaft von Homosexuellen. Das negative Urteil darüber vonseiten der Katholiken wird von der Regierung als Diskriminierung von Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern betrachtet, die dieselben Sozialgesetze für sich in Anspruch nehmen wie andere Familien. Im Gegensatz dazu bekräftigt die Kirche ihren Respekt vor den Betroffenen und ihre Ablehnung der Homophobie (vgl. *Conférence des Evêques de France* 2012, 3–4) und rechtfertigt ihre Position mithilfe von Argumenten, die sich aus dem Menschenbild herleiten. Sie geht davon aus, dass die Elternschaft Homosexueller die Trennung von genetischer Abstammung, Schwangerschaft und Erziehung fördert, der bereits mithilfe der medizinischen Unterstützung der Fortpflanzung Vorschub geleistet wird. Zahlreiche Psychologen warnen vor der Verkomplizierung der Identitätsfindung des Kindes, wenn sich dieses nicht aus einem verschiedengeschlechtlichen Paar hervorgegangen weiß, was ihm aufgrund der pluralen Abstammung die Selbstunterscheidung ermöglicht hätte. Doch diesen Argumenten und anderen antwortet die Regierung mit soziologischen Fakten – die schlechtere Situation des Kindes ist statistisch nicht hinreichend belegt – und mit dem Hinweis auf die Pflicht, die Freiheit Homosexueller zu respektieren, die sich ihres Rechts beraubt fühlen, eine Familie zu gründen. Die Förderung der Autonomie wird zum wesentlichen Kriterium im Rahmen einer Ethik subjektiver Rechte. Das neue Gesetz bewertet auf diese Weise tendenziell ein »Recht auf ein Kind« höher als den Schutz der Rechte des Kindes.

Die wissenschaftliche Kontroverse

Die Teilnehmer an der *Demo für alle*, zumal die Katholiken unter ihnen, greifen lieber auf philosophische oder humanwissenschaftliche Argumente zurück als auf eine biblische Anthropologie oder theologische Begründungen. Diese Entscheidung bedeutet einerseits, dass sie ihren Diskurs so gestalten wollen, dass er innerhalb der öffentlichen Debatte rezipiert werden kann. Andererseits ermöglicht es eine »personalere Darstellung der Naturrechtslehre«, wie sie im Rahmen einer »Theologie des Leibes« (vgl. Bonino 2011, Nr. 117, 14) von Johannes Paul II. populär gemacht wurde, die Existenz universaler anthropologischer Gegebenheiten in der Schrift zu verankern. Dies wird von den Befürwortern der Homo-ehe abgelehnt, die sich eher auf Philosophien in der Tradition Nietzsches oder

Foucaults stützen, um die ontologische Grundlegung von Normen zu dekonstruieren, die sie als nicht zwingend und fatal erachten. Einerseits betonen die Katholiken die Notwendigkeit, moralische Normen anthropologisch zu begründen, und reklamieren hierfür sogar eine metaphysische Grundlage (vgl. Internationale theologische Kommission 2009, Nr. 76). Andererseits geben die dekonstruktivistischen Philosophien eben diesen Substanzbegriff zugunsten des Zufalls auf (Foucault 2002, 166–191), um die Veränderungen im Bereich des Normativen zu bewirken oder zu bewerten.⁵ Da letztlich ein Konsens unmöglich scheint, wird es zum politischen Beurteilungskriterium, inwiefern die im Namen einer religiösen Tradition erhobenen Forderungen im säkularen Kontext rezipierbar sind.

Die Kontroverse hinsichtlich der Rolle des Rechts

Ein letzter mehr oder weniger implizit vorhandener Streitpunkt betrifft die Rolle des Rechts. Während die Katholiken die Meinung vertreten, dass das Recht eine ethische und anthropologische Rolle behalten müsse (vgl. Conférence des Evêques de France, 6–7), meinen zahlreiche Juristen, dass das Recht im Dienste der Anwendung politischer Entscheidungen stehe und dass der Staat darauf achten müsse, in ethischen Fragen nicht Partei zu ergreifen, um die Gewissensfreiheit zu respektieren. Innerhalb dieser Sichtweise ist die Institution der Ehe nichts anderes als ein rechtmäßiger Vertrag⁶, und allen ohne Ausnahme muss die Inanspruchnahme dieses Rechts garantiert werden. Doch dieser politische oder ethische Minimalismus (vgl. Ogien 2007) berücksichtigt den erzieherischen Einfluss des juristischen und gesellschaftlichen Ethos auf die Bürger nicht: Die Rolle des politischen Apparats, gesellschaftliche Normen zu setzen, bleibt bestehen. Und ohne Hinordnung auf eine anthropologische Perspektive läuft die Ehe Gefahr, von wirtschaftlichen Interessen instrumentalisiert zu werden, was auf Kosten des Schutzes der Schwächsten geht.

Letztlich geht es um unterschiedliche Vorstellungen von Gesellschaft in vielerlei Hinsicht, die ihre Grundlage in anthropologischen, aber auch wissenschaftstheoretischen und juristischen Entscheidungen haben, die miteinander nicht in Dialog treten. Die politische Debatte bleibt dennoch notwendig, um die Gesetzgebung im Hinblick auf die Familie neu zu fassen, die der tatsächlichen Diversifizierung der Formen des Familienlebens Rechnung tragen muss. Diese soziologische Feststellung widerspricht dem Gleichheitsideal des vom Staat geschaffenen Rechts ebenso wie den kirchlichen Rezepten zum Schutz der Familie. Um festzulegen, welche soziale Anerkennung oder welche finanzielle Unterstützung diesen neuen Formen von Familienleben zuzubilligen ist, würde die politische Debatte dadurch sehr viel gewinnen, dass sie sich nicht nur auf die Verteidigung der Würde und der Rechte des Individuums konzentriert. Es geht darum, innerhalb eines akzeptierten Pluralismus den Dialog im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für das Gemeinwohl wieder herzustellen.

Aus dem Französischen übersetzt von Dr. Bruno Kern M.A.

Anmerkungen

1 Eine erste Demonstration wurde am 23. Oktober 2012 auf Initiative der Vereinigung *Alliance Vita* organisiert. Eine größere Demonstration fand dann zehn Tage nach der Vorstellung des Gesetzesvorhabens vor dem Ministerrat am 17. November 2012 in Paris und einem Dutzend weiterer Städte statt. Darauf wurde mit einer Gegendemonstration für die Homoerziehung am 16. Dezember reagiert. Die erste landesweite Demonstration fand am 13. Januar 2013 statt; auf sie folgte eine Gegendemonstration am 19. Januar, und so ging es weiter.

2 Die Demonstration des »Enseignement Catholique« (katholischer Unterricht) vom 24. Juni 1984 in Paris zum Beispiel gegen das Gesetzesvorhaben des sozialistischen Ministers Alain Sarvay, das darauf abzielte, die Privatschulen dem öffentlichen Schulsystem einzugliedern, zählte laut Veranstalter zwei Millionen Teilnehmer, laut Polizeiangaben 850.000 Teilnehmer. Präsident Mitterrand war gezwungen, das Gesetzesvorhaben zurückzunehmen, und die Regierung des Ministerpräsidenten Pierre Mauroy trat am 17. Juli 1984 zurück.

3 Wie zum Beispiel Sit-ins, Schweigemärsche, unorthodoxe Kommunikationsstrategien (vgl. Favier 2013, 145–146).

4 Einfache oder auch volle Adoption (die nach französischem Recht jede vorherige Abstammung tilgt), wenn das betreffende Kind keine andere Abstammung als die dieses einen Ehepartners aufweist, wenn der andere Elternteil verstorben ist oder sich völlig aus der Wahrnehmung seiner Elternschaft zurückgezogen hat: Gesetz Nr. 2013-404 vom 17. Mai 2013, Artikel 7 und 8.

5 Der sozialistische Diskurs bevorzugt paradoxerweise, selbst wenn er sich auf eine Wissenschaftstheorie im Anschluss an Michel Foucault stützt, eine lineare Auffassung von der Geschichte, innerhalb derer der Individualisierungsprozess (François de Singly) oder der Wandel der Familie und der Abstammung (Irène Théry) mit Berufung auf den Fortschritt, den sie darstellen, in unkritischer Weise bewertet werden.

6 Dies ist unter anderem ein Element der »Entzauberung« und Säkularisierung, wie sie Jean-Philippe Pierron (2009, 69–70) beschreibt.

Literatur

CONFERENCE DES EVÊQUES DE FRANCE 2012: *Conseil Famille et Société, Elargir le mariage aux personnes de même sexe. Ouvrons le débat!* September 2013.

FAVIER, ANTHONY 2013: *Les catholiques français après l'épisode du mariage pour tous*, in: *Histoire, Monde & Cultures religieuses* 27 (2013).

INTERNATIONALE THEOLOGISCHE KOMMISSION 2009: *Auf der Suche nach einer universalen Ethik. Ein neuer Blick auf das natürliche Sittengesetz*, in: www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/cti_documents/rc_con_faith_doc_20090520_legge-naturale_ge.html

FOUCAULT, MICHEL 2002: *Nietzsche, die Genealogie, die Historie*, in: ders., *Schriften in vier Bänden*, Bd. II (1970–1975), Frankfurt am Main, 166–191.

OGIEN, RUWEN 2007: *L'éthique aujourd'hui. Maximalistes et minimalistes*, Paris.

PIERON, JEAN-PHILIPPE 2009: *Le climat familial. Une poétique de la famille*, Paris.

JULLIARD, VIRGINIE – CERVILLE, MAXIME 2013: *Différences des sexes et controverses médiatiques: du débat sur la parité au »mariage pour tous« (1998–2013)*, in: *Le temps des médias* 21 (2013).

Catherine Fino leitet an der Fakultät für Theologie und Religionswissenschaften am Institut catholique in Paris die Abteilung Moralthologie. Veröffentlichungen u. a.: *L'hospitalité, figure sociale de la charité* (2010); *Sortir du moralisme: Catéchèse, pédagogie d'initiation et formation du sujet moral* (2014); *La pédagogie divine. L'action de Dieu dans la diversité des familles* (als Herausgeberin, 2015). Anschrift: Theologicum – Faculté de Théologie et de Sciences Religieuses, Institut Catholique de Paris, 21 rue d'Assas, 75006 Paris, Frankreich. E-Mail: c.fino@ipc.fr.